

Ein neuer Präsident fürs Burgenland

Wer wird Nachfolger des im vergangenen Jahr verstorbenen Dr. Walter Helperstorfer?

Am 23. März 2007 werden außer in Salzburg auch im Burgenland die neuen Landesvertreter für die nächsten vier Jahre gewählt. Im östlichsten Bundesland ist das Verhältnis der Kurien mit 14 Mandaten für die angestellten Ärzte und 12 Mandaten für die niedergelassenen im Vergleich zu anderen Bundesländern noch als ziemlich ausgeglichen zu bezeichnen.

Bei der Wahl 2003 konnte die „Liste der Angestellten Ärzte und Spitalsärzte“ mit dem zuvor schon amtierenden Präsidenten Dr. Walther Helperstorfer 13 Mandate erringen, 6 Mandate waren die Ausbeute der „Vereinigung burgenländischer Ärzte“. Die „Überparteiliche Wahlgemeinschaft“, 2003 im niedergelassenen Bereich in Allgemeinmediziner und Fachärzte geteilt, konnte auf 2 Mandate verweisen, ebenso der „Hausärzteverband“ und der „Seniorenbund burgenländischer Ärzte“. Die Gruppierung „Ärzte für die Zukunft“ hält derzeit 1 Mandat.

Auch in diesem Bundesland geht ein Großteil der Wahlwerbenden Gruppen von 2003 dieses Jahr wieder ins Rennen. Die Aufteilung der Wahlkörper erfolgt in angestellte und niedergelassene Ärzte ohne weitere Unterteilung.

dererseits durch regelmäßige Kontrollen der Ausbildungsstätten durch die Ärztekammer erreicht werden. Lang fordert besseres Eingehen auf die Probleme der nicht in den Spitälern angestellten Ärzte und ihre direkte Einbindung in die Kammerarbeit.

Ärztekammer als Plattform für alle Ärzte

Sein Fernziel ist die burgenländische Ärztekammer als Plattform aller burgenländischen Ärzte, die eine gemeinsame burgenländische Landes- und Gesundheitspolitik betreiben. „Wir sind die kommunikativen, einzigen parteipolitisch unabhängigen, themenbewussten und zielorientierten Landespolitiker unter den angestellten Ärzten“, ist sich Lang bewusst.

Die „Vereinigung burgenländischer Ärzte“ kandidiert bei den



sondere die finanzielle und zeitliche Belastung, die diese Innovationen verursacht haben.“

Die Mandatare der bisherigen „Vereinigung“ hätten mit viel Arbeitsaufwand und Energie versucht, das Beste aus dieser schwierigen Situation zu machen. „Dies ist uns, glaube ich, vielfach auch gelungen“, sagt Kornfeind, „und wir wollen unsere Arbeit in der nächsten Legislaturperiode fortsetzen.“

Große Belastung durch Gesundheitsreform

erfahrenen Gesundheitsministerin geht ein lang gehegter Wunsch vieler Landespolitiker in Erfüllung. Die Auswirkungen wird die Zukunft zeigen.“

Als „anstehende Problemkreise“ zählt Kornfeind auf: „Die vergangene Legislaturperiode hat mit der Gesundheitsreform eine große Belastung der persönlichen Kapazität und der finanziellen Ausgaben in den Ordinationen gebracht, die sicher noch nicht im vollen Umfang abgegolten wurde. Auch das geänderte Patientenverhalten muss weiter analysiert werden, und vor allem bei den Allgemeinmedizinern benötigen wir neue, attraktive Konzepte.“

e-Health-Ausbau bremsen

Da laut Regierungsprogramm weitere Ausbauschritte im Bereich e-Health geplant sind, müssen diese erst mit der Ärzteschaft verhandelt werden. „Jedenfalls sind diese nur dann möglich, wenn der zeitliche und finanzielle Mehraufwand eindeutig bestimmt ist und entsprechend abgegolten wird“, betont Kornfeind. Er fordert eine Redukti-

sollen als Nächstes extramural und intramural ausgearbeitet werden.

Neue Modelle bei der extramuralen und intramuralen medizinischen Tätigkeit sind notwendig, wobei Organisation und Kosten ausschlaggebend sind. „Bei einer Lösung aus einer Hand sollte das Geld der Leistung folgen“, fordert Kornfeind und hofft, dass „das kein bloßes Lippenbekenntnis ist, sondern die Kostenwahrheit ausschlaggebend sein wird“.

Neue Kooperationsformen

Seit Beginn 2007 ist für das Burgenland die Nachfolge- und Timesharingpraxis vertraglich vereinbart. „Es waren lange Verhandlungen, die schließlich mit einigen Kompromissen abgeschlossen wurden“, berichtet Kornfeind. „Wir stehen mit diesen Kooperationsformen erst am Anfang, wobei angesichts der Tatsache, dass immer mehr Medizinerinnen nachströmen, neue Zusammenarbeitsformen gesucht werden müssen.“

Erfolge in der letzten Amtsperiode sind für Kornfeind die recht erfreulichen Abschlüsse der Kas-

Neustrukturierung nach Tod des Präsidenten

Die „Liste der angestellten Ärzte und der Spitalsärzte“ tritt heuer mit Spitzenkandidat Dr. Michael Lang an. Sie ist seit Jahren in der burgenländischen Ärztekammer vertreten und stellte deren Präsidenten sowie einen Vizepräsidenten der Österreichischen Ärztekammer. „Nach dem Tod von Präsident Helderstorfer haben wir uns neu strukturiert und formiert“, berichtet Lang. Er steht jetzt als „Primus inter pares“ für eine sowohl erneuerte als auch erfahrene und engagierte Gruppe, die darüber hinaus aus seiner Sicht als einzige parteipolitisch unabhängig ist.

Mit aktiver Standespolitik strebt die „Liste der angestellten Ärzte“ die bessere Integration der Kollegen in den Krankenanstalten sowie der Angestellten außerhalb derselben an. „Darüber hinaus wollen wir die Nahtstellen zwischen intra- und extramuralem Bereich neu definieren“, postuliert Lang.

Nahziele der Liste sind die Gehaltsreform unter Einbeziehung von Arbeitszeitflexibilisierung und Teilarbeitszeitmodellen sowie eines entsprechend angepassten Krankenhausstellenplanes. Auch die weitere Verbesserung der Turnusärzteausbildung gehört zum Programm. All dies soll einerseits durch Optimierung und Anpassung des Rotationsplanes und an-

discher Ärzte“ kandidiert bei den Kammerwahlen am 23. März unter dem Namen „Gemeinsame Liste der Ärzte für Allgemeinmedizin und Fachärzte in der Kurie der Niedergelassenen Ärzte“. Listenführer ist Dr. Milan Kornfeind.

Herausforderungen gemeistert

„Die abgelaufene Legislaturperiode brachte der gesamten Ärzteschaft Neuerungen, die in dieser Dichte und Auswirkung noch nie da gewesen sind. Es war eine große Herausforderung für die niedergelassenen Ärzte, die von den Kollegen und Kolleginnen relativ gut gemeistert wurde“, resümiert Kornfeind. „Das Unerfreuliche an dieser Entwicklung waren das Tempo, das uns von der Politik aufgezungen wurde, und insbe-

Primäres Ziel für Kornfeind ist, die Interessen der Wähler in der Kurie zu vertreten und weiterhin den Kurienobmann zu stellen. „Natürlich wollen wir auch bei der Bestellung des Präsidenten, der durch eine Koalition aus den beiden Kurien gewählt wird, entscheidend mitreden. Ein Präsident aus den Reihen der niedergelassenen Ärzte würde garantieren, dass unsere Anliegen besser vertreten werden.“

Kornfeind setzt jedenfalls auf vernünftige Verhandlungen zwischen den beiden Kurien, damit die Schnittstelle extramurale und intramurale Medizin so gemanagt wird, dass es für die Betroffenen, Patienten und Ärzte gute Lösungen geben kann: „Durch die Bestellung einer standespolitisch

Kornfeind. Er fordert eine Reduktion des vom technischen Fortschritt verursachten administrativen Aufwands und keine zusätzliche Steigerung wie bisher, „damit wir uns künftig den Anliegen unserer Patienten besser widmen können“.

In Sachen ELGA (ELEktronische Gesundheits-Akte) fordert er Datenschutz als vorrangiges Anliegen, das zuerst befriedigend gelöst und getestet werden muss: „Die Bundes- und Landesplattformen haben die Arbeit aufgenommen, wobei nach der Konstituierung die bereits bestehenden Konzepte zu BAKS (Burgenländischer Arbeitskreis für Sozial- und Vorsorgemedizin), Diabetesschulung und PSD (Psycho-Sozialer Dienst) vorerst an der Tagesordnung stehen.“ Das palliative Konzept im Burgenland und die Kinder- und Jugendpsychiatrie

erfreulichen Abschlüsse der Kasernenverträge sowie die Neuregelung der Niederlassungsrichtlinien: „Bei den Stellenbesetzungen kamen in letzter Zeit vor allem langjährige Wahlärzte zum Zug, wenn sie sich entsprechend vorbereitet hatten. Dennoch beobachten wir die Entwicklung sehr genau, damit Ungerechtigkeit und Härtefälle in Zukunft vermieden werden können.“

Dialog zwischen den Kurien wieder einführen

Die „Überparteiliche Wahlgemeinschaft“ tritt sowohl in der Kurie der angestellten als auch der niedergelassenen Ärzte an. Einer der Spitzenkandidaten aus dem Spitalsbereich ist Dr. Günter Ranftl: „Gerade die Gemeinsamkeit ist unser Ziel, nämlich den Dialog zwischen den Kurien wieder einzuführen und die im Rahmen der Globalbudgets der Gesundheitsplattformen notwendige, abgestimmte Linie wieder zu finden.“ Die Lobby der Ärzte im Burgenland ist seiner Ansicht nach zu klein, um eine Trennung zwischen den Interessen der Angestellten und der Niedergelassenen zu befürworten.

Die „Überparteilichen“ wollen daher einen Präsidenten, der sich um die Angelegenheiten beider Kurien gleichermaßen kümmert und bereit ist, einen Dialog quer über allen Kurien aufrecht zu erhalten. „Mit einem klaren Bekenntnis zu mehr Transparenz, zu

DIE SPITZENKANDIDATEN IM BURGENLAND



Dr. Michael Lang
Listenführer „Liste der angestellten Ärzte und Spitalsärzte“



Dr. Milan Kornfeind
„Gemeinsame Liste der Ärzte für Allgemeinmedizin und Fachärzte in der Kurie der Niedergelassenen Ärzte“



Dr. Günter Ranftl
Listenführer „Überparteiliche Wahlgemeinschaft“



Dr. Alfred Kapper
„Seniorenbund burgenländischer Ärzte“

ÄRZTEKAMMERWAHL 2007 IM BURGENLAND

• **Termin:** 23. März 2007

Mandate/Wahlkörper:

- Angestellte Ärzte: 14
- Niedergelassene Ärzte: 12
- keine weitere Unterteilung der Wahlkörper

Anzahl der Wahlberechtigten: etwa 880 Ärztinnen und Ärzte

Voraussichtlich antretende Listen:

Kurie niedergelassene Ärzte:

- Gemeinsame Liste der Ärzte für Allgemeinmedizin und Fachärzte in der Kurie der Niedergelassenen Ärzte

Kurie angestellte Ärzte:

- Liste der angestellten Ärzte und Spitalsärzte

In beiden Kurien kandidieren:

- Überparteiliche Wahlgemeinschaft
- Seniorenbund burgenländischer Ärzte"

Der Hausärzterverband tritt nicht mehr an, kooperiert aber mit der „Überparteilichen Wahlgemeinschaft“
Die Liste „Ärzte für die Zukunft“ tritt voraussichtlich nicht mehr an.

Foto: Kurienverband der Freizustadt Raasdorf

mehr gegenseitiger Information und zu mehr Diskussion“, präzisiert Ranftl. Ebenso will diese Liste einen „Kurienobmann mit Ecken und Kanten“, der den Ärzten in allen Belangen beisteht, sie über den Verlauf der gesundheitspolitischen Diskussion im Lande informiert und sie in Verhandlungen mit den gesundheitspolitischen Vertretern des Landes wirksam vertritt.

Ein wesentliches Anliegen der „Überparteilichen Wahlgemeinschaft“ ist eine „Reform des Dia-

Weitere wichtige Anliegen der „Überparteilichen“ sind die Umsetzung des Turnusärztetätigkeitsprofils, die Einleitung von Verhandlungen über eine nachhaltige Verbesserung des Dienstrechts sowie die Gestaltung eines adäquaten Gehaltes für angestellte Ärzte. Ebenfalls im Programm stehen Verbesserungen der Situation von in die Praxis wechselnden Ärzten durch Regelung der Ordinationsübernahme sowie die Beschäftigung von Ärzten bei

larwesen stellt auch im Spital einen Faktor dar, der die Ärzte zunehmend unter Zeitdruck setzt. „Dieser Faktor wird in der Personalberechnung noch nicht berücksichtigt“, so Ranftl. „Die zeitliche Dauerbelastung der Ärzte durch weiter ausufernde Bürokratie darf künftig nicht mehr akzeptiert werden.“

Ja zum Wohlfahrtsfonds

Die „Überparteiliche Wahlgemeinschaft“ bekennt sich vorbehaltlos zum Wohlfahrtsfonds: „Seine Attraktivität bezüglich Sicherheit und Wertschöpfung lässt sich jederzeit im Vergleich zu alternativen Modellen argumentieren.“ Ranftl sieht dies auch als deutliches Zeichen der Verantwortung gegenüber der pensionierten Kollegenschaft: „Die Weiterentwicklung dieses sozialen Sicherungssystems ist eine der wichtigsten Aufgaben der Standesvertretung. Eine ausgewogene Beteiligung der angestellten Ärzte an dieser solidarischen Zusatzsicherung ist unser Anliegen.“

Hausärzterverband bei Überparteilichen integriert

Der „Burgenländische Hausärzterverband“ unter Dr. Christian Euler kandidiert am 23. März gemeinsam mit der Gruppierung der „Überparteilichen Ärzte“. Euler ist gemeinsam mit Dr. Johann Gschwandner und Dr. Jürgen Prochaska als

Die Kurien dominierenden Mandatäre der „Vereinigung burgenländischer Ärzte“ rund um Kurienobmann Dr. Milan Kornfeind stehen laut Euler für enge Kooperation mit dem Hauptverband in Sachen e-Card. Das individuelle Leiden der Ärzte unter der ausufernden Bürokratie wurde aus seiner Sicht in einmütiger Fraktionsdisziplin dem Gesprächsklima, dem „Fortschritt“, dem guten Draht zur Österreichischen Ärztekammer und ihrer Peering-point-Gesellschaft untergeordnet. „Diesem scheinbar unaufhaltsam und träge dahin fließenden Strom wollen wir nach Kräften eine andere Richtung geben“, betont Euler, „deshalb steht konsequente Interessensvertretung für niedergelassene Ärztinnen und Ärzte auf unseren Fahnen.“

Anliegen der Ärzte im Ruhestand

Dr. Alfred Kapper tritt in beiden Wahlkörpern für den „Seniorenbund burgenländischer Ärzte“ an: „Das Ziel unserer Wahlgemeinschaft ist, die vor allem unter den Jungärzten verbreitete Pensionsunsicherheit aufzuheben und unserer Ärzteschaft nach einem arbeitsreichen Berufsleben einen, was auch die Kaufkraft betrifft, sicheren Ruhestand zu garantieren.“ Da dieses Ziel letztlich jeden einzelnen Arzt und dessen Familie betreffe, kandidiert der Seniorenbund

Kapper. „Dies bedeutet aber, dass man den Ruheständlern jedes Mitspracherecht auf den Fonds entzog.“ Reaktion darauf war das Entstehen von Gruppierungen, die sich schließlich zum „Seniorenverband“, einer Österreich weiten Dachorganisation, zusammenschlossen haben.

Wie notwendig es ist, früh genug mit der Schaffung einer Sicherheit für die Pension zu beginnen, zeigt laut Kapper die Entwicklung der letzten Jahre. Im Gegensatz zum Wohlfahrtsfonds der Kammer seien andere Pensionssysteme durch die deutlich verlängerte Lebenserwartung ihrer „Versicherten“ zunehmend in Schwierigkeiten geraten.

Der ärztliche Stand müsse so nachhaltig abgesichert werden, damit eine finanziell sichere Zukunft gewährleistet ist. „Dank der gesetzlichen Voraussetzungen ist dies gerade durch den gesetzlich verordneten Wohlfahrtsfonds durchführbar“, sagt Kapper. „Es ist unsere Aufgabe, vor allem bei den burgenländischen Ärztinnen und Ärzten durch Aufklärung, Unterstützung und Wegbegleitung Pensionsicherheit zu vermitteln.“

Für Pensionsreform im Burgenland

Um dies zu erreichen, sei eine Reihe von begleitenden Maßnahmen erforderlich. Weiters tritt der Ärztesenioren-Vertreter für eine

logs“ zwischen niedergelassenen und angestellten Ärzten. „Nur gemeinsam können wir eine vernünftige Kammerpolitik machen und auch gesundheitspolitische Themen ansprechen“, so Ranftl.

Ärzte müssten medizinisch begründet selbst entscheiden, wo sie welche Leistungen unter welchen Rahmenbedingungen durchführen. Ein erster Schritt in Richtung mehr Transparenz und Kostentransparenz ist nach Ranftls Ansicht die dringend einzufordernde gleiche Bezahlung gleicher Leistung – intra- wie extramural – durch die Kostenträger.

Ärzten und Gruppen- wie Wahlarztpraxis. Die Umsetzung der Arbeitsschutzbestimmungen für Ärzte sei ebenso einzufordern.

Reform der Entscheidungsstrukturen in Angriff nehmen

Die Liste steht auch für eine Reform der Entscheidungsstrukturen. „Die Zusammensetzung der Gesundheitsplattformen beweist einmal mehr, dass Ärzte bei gesundheitspolitischen Entscheidungsfindungen unerwünscht sind“, kritisiert Ranftl. Die Einführung von e-Card, ABS und Formu-

Spitzenkandidat im Rahmen des Wahlauftritts der „Überparteilichen“ im Wahlkörper der niedergelassenen Ärzte nominiert.

„Bei der Generalversammlung des Hausärzterverbandes stimmten die Vertreter aller Bundesländer darin überein, dass sich der Hausärzterverband für die kommende Wahlauseinandersetzung den niedergelassenen Fachärztinnen und Fachärzten öffnen sollte“, erklärt Euler. Denn ausschließlich die große Ärztezahlin Wien biete auch einer Allgemeinmedizinergruppierung die Möglichkeit, bedeutendes Stimmgewicht zu erlangen.

auch in beiden Kurien.

Das Konzept des Wohlfahrtsfonds – ursprünglich als Umlagesystem angelegt – wurde im Laufe der Jahre in ein kapitalgestütztes System auf versicherungsmathematischer Grundlage umgewandelt. Dadurch sind wesentliche Unterschiede zwischen den einzelnen Länderkammern und deren Satzungen entstanden. Zwischen aktiver, passiver und pensionierter Ärzteschaft gab es keine Dissonanzen.

„Mit dem Ärztegesetz 1998 wurden nun alle im Ruhestand befindlichen Ärzte von den Kammern ausgeschlossen“, kritisiert

Pensionsreform im Burgenland ein, die eine Öffnung des reinen Solidaritätssystems zu einer versicherungsmathematischen Gestaltung darstellt: „Bereits anderweitig abgesicherten Jungärzten soll sie deutliche Beitragssenkungen bringen, jedem anderen aber die Möglichkeit bieten, eine ‚Wunschpension‘ kostengünstig anzusparen.“ Aus seiner Sicht ist das Pensionssystem der Kammer verlässlich, wirtschaftlich, ökonomisch, sicher und „mit großem Abstand auch das billigste“. Nach der Umstellung werde es auch das gerechteste System sein.